Freitag 20, 20. Mai 2005, Seite 10:

Erwiderung auf die Erklärung des Willy Brandt Kreises, *Freitag*

15. 4. 2005

Auf der Homepage des Willy-Brandt-Kreises und im *Freitag* ist eine Erklärung einer Gruppe von Mitbürgern erschienen, denen offensichtlich die ganze Richtung der Aufarbeitung der DDR-Geschichte nicht passt. Sie begrüßen die Veränderung der Zuständigkeit der BStU und befürworten die Überführung der Stasiakten unter »die Obhut des Bundesarchivs, das eine hohe Gewähr für einen sachgemäßen Umgang mit diesen Unterlagen bietet«.

Selbstverständlich, so die Appellanten weiter, müsse dort ein geregelter Zugang für Betroffene und Historiker weiterhin möglich sein. Eben dieser Sonderzugang steht nach den bundesdeutschen Archivgesetzen in Frage. Da die Autoren andererseits in dem Papier beklagen, dass demgegenüber »alle geheimdienstlichen Erkenntnisse über die Bundesrepublik streng geheim sind«, erhebt sich der Verdacht, dass es ihnen vielmehr darum gehen könnte, dass die Stasiakten das gleiche Schicksal erfahren.

Es geht ihnen aber hauptsächlich darum, eine »auf ostdeutsche Repressionsgeschichte eingeengte selektive Geschichtsschreibung« der DDR zu beklagen, die die bisherige BStU und dort namentlich deren Abteilung Bildung und Forschung zu verantworten habe. Wenigstens die BStU als Ganze, die den vom Ministerium für Staatssicherheit hinterlassenen Papierwald aufarbeitet – und bis dato nur ein Drittel der Akten erschließen konnte – scheint der falsche Adressat für solche Klagen.

Ehestens könnte man noch diskutieren – und wird diskutiert – ob die Abteilung Bildung und Forschung ihren privilegierten Zugang zu den Stasiakten ausnutzt, um wissenschaftliche Recherchen zu unternehmen, die sie der allgemeinen Forschung überlassen sollte. In jedem Fall wird man aber nicht die BStU verantwortlich machen können, dass die Stasiakten das enthalten, was die Aufgaben der Geheimpolizei der DDR war: nicht DDR-Alltagsgeschichte, sondern eben Repressionsgeschichte. Und die BStU ist eben auch nicht für die ungewöhnliche Sammelwut und Verfolgungsfreude des Staatssicherheitsdienstes verantwortlich.

Es ist keine Frage, dass auch die Historiker nach dem Brot gehen und daher die derzeitigen Darstellungen und Interpretationen der DDR-Geschichte vom Geist derjenigen Institutionen geprägt sind, die bereit sind, für geschichtliche Aufarbeitung Geld auszugeben – und das ist eben zu großen Teilen die Adenauer-Stiftung, und leider zum wenigsten beispielsweise die Friedrich-

Ebert-Stiftung. In der Tat wurden die staatlichen Forschungsgelder stark gekürzt, besonders unter der derzeitigen Regierungskoalition. Hinzu kommt, dass die bundesdeutsche Archivgesetzgebung den Zugang zu den Geheimakten nicht nur der Geheimdienste, sondern auch der Bundesregierungen schwer behindert.
Es kann aber doch wohl nicht darum gehen, gleiches Unrecht jetzt auch für die Stasiakten einzufordern, sondern es geht natürlich um Glasnost auch für die Geschichte des westdeutschen Staates.
Es ist in der Tat zu erwarten, dass dabei allerhand Schmutz zum Vorschein kommen dürfte, der auch die lichte rechtsstaatliche Konturierung der Bundesrepublik Deutschland wenigstens für die fünfziger Jahre in ein bedenkliches Licht stellt.
Kein Zweifel, jeder von uns hat gute Erinnerungen an die DDR, sogar an die gleichgerichteten Schulen, in denen es immer noch diesen oder jenen guten Lehrer gegeben hat, der uns zum aufrechten Gang verholfen hat. Vor allem erinnern wir uns gern an die letzten Jahre, als das Regime Stück für Stück weichen musste und die Freiheitsspielräume wuchsen. Bis schließlich die DDR für wenige Monate, in der Zeit zwischen den Systemen, das freieste Land der Welt war und auf den Litfaßsäulen für einige kostbare Tage weder die dröge staatliche Propaganda noch bunte Reklamelügen kommerzieller Firmen, sondern die Botschaften einer ungebremsten und unzensierten Öffentlichkeit zu finden waren. Danach sehnen wir uns zurück.
Es waren übrigens nicht die Regierung de Maizière und nicht die Kohl-Regierung, die die Öffnung der Stasi-Akten gefordert oder gar erkämpft haben, sondern eben die Leute von der Straße, die endlich die Wahrheit über das Repressionssystem der DDR einforderten und wenigstens die BStU zugestanden bekamen, die jetzt mit einem bloßen Verwaltungsakt kassiert werden soll. (Leicht gekürzt)

Wolfgang Rüddenklau
Frank Ebert
Reinhard Schult
Ralf Hirsch
Tom Sello
Joachim de Haas
Dirk Moldt
Petra Falkenberg
Peter Rösch
Carlo Jordan
Gerold Hildebrandt
Albrecht Wetzel
Andre Andrich
Christian Petzoldt
Detlef Stoye
Ekkehard Hübener
Tina Krone
Irena Kukutz
Christiane Ensslin
Dr. Wilhelm Knabe
Silke Ahrens
Sandra Pingel-Schliemann
Oliver Kloss
Thomas Decker
Michael Kukutz
Maria Nooke
Peter Neumann
Hans Jürgen Buntrock

HORCH und GUCK. Zeitschrift zur kritischen Aufarbeitung der SED-Diktatur.
Heft 50 (2005) Schauplätze | Seiten 66 – 67 (vollständige Wiedergabe).
[Erwiderung auf die Erklärung des Willy-Brandt-Kreises:]

Intellektuelle in den trüben Fluten der Ostalgie

Auf der Homepage des Willy-Brandt-Kreises und im „Freitag" vom 15.04.2005 ist eine Erklärung einer Gruppe von Mitbürgern erschienen, denen offensichtlich die ganze Richtung der Aufarbeitung der DDR-Geschichte nicht paßt. Sie begrüßen die Veränderung der Zuständigkeit der BStU und befürworten die Überführung der Stasiakten unter „die Obhut des Bundesarchivs, das eine hohe Gewähr für einen sachgemäßen Umgang mit diesen Unterlagen bietet". Selbstverständlich, so die Appellanten weiter, müsse dort ein geregelter Zugang für Betroffene und Historiker weiterhin möglich sein". Eben dieser Sonderzugang steht nach den bundesdeutschen Archivgesetzen in Frage. Da die Autoren andererseits in dem Papier beklagen, dass demgegenüber „alle geheimdienstlichen Erkenntnisse über die Bundesrepublik streng geheim sind", erhebt sich der Verdacht, dass es ihnen vielmehr darum gehen könnte, dass die Stasiakten das gleiche Schicksal erfahren. Es geht ihnen aber hauptsächlich darum, eine „auf ostdeutsche Repressionsgeschichte eingeengte selektive Geschichtsschreibung" der DDR zu beklagen, die die bisherige BStU und dort namentlich deren Abteilung Bildung und Forschung zu verantworten habe.

Wenigstens die BStU als Ganze, die den vom Ministerium für Staatssicherheit hinterlassenen Papierwald aufarbeitet – und bis dato nur ein Drittel der Akten erschließen konnte – scheint der falsche Adressat für solche Klagen. Ehestens könnte man noch diskutieren – und wird diskutiert – ob die Abteilung Bildung und Forschung ihren privilegierten Zugang zu den Stasiakten ausnutzt, um wissenschaftliche Recherchen zu unternehmen, die sie der allgemeinen Forschung überlassen sollte. In jedem Fall wird man aber nicht die BStU verantwortlich machen können, daß die Stasiakten das enthalten, was die Aufgaben der Geheimpolizei der DDR war: nicht DDR-Alltagsgeschichte, sondern eben Repressionsgeschichte. Und die BStU ist eben auch nicht für die ungewöhnliche Sammelwut und Verfolgungsfreude des Staatssicherheitsdienstes verantwortlich.

Es ist keine Frage, dass auch die Historiker nach dem Brot gehen und daher die derzeitigen Darstellungen und Interpretationen der DDR-Geschichte vom Geist derjenigen Institutionen geprägt sind, die bereit sind, für geschichtliche Aufarbeitung Geld auszugeben – und das ist eben zu großen Teilen die Adenauer-Stiftung, und leider zum wenigsten beispielsweise die Friedrich-Ebert-Stiftung. In der Tat wurden die staatlichen Forschungsgelder stark gekürzt, besonders unter der derzeitigen Regierungskoalition.

Hinzu kommt, daß die bundesdeutsche Archivgesetzge-bung den Zugang zu den Geheimakten nicht nur der Geheimdienste, sondern auch der Bundesregierungen schwer behindert. Es kann aber doch wohl nicht darum gehen, gleiches Unrecht jetzt auch für die Stasiakten einzufordern, sondern es geht natürlich um Glasnost auch für die Geschichte des westdeutschen Staates. Es ist in der Tat zu erwarten, dass dabei allerhand Schmutz zum Vorschein kommen dürfte, der auch die lichte rechtsstaatliche Konturierung der Bundesrepublik Deutschland wenigstens für die fünfziger Jahre in ein bedenkliches Licht stellt.

Kein Zweifel, jeder von uns hat gute Erinnerungen an die DDR, sogar an die gleichgerichteten Schulen, in denen es immer noch diesen oder jenen guten Lehrer gegeben hat, der uns zur Hinterfragung des Bildungsangebots und zum aufrechten Gang geholfen hat. Und vor allem erinnern wir uns gern an die letzten Jahre, als das Regime Stück für Stück weichen musste und die Freiheitsspielräume wuchsen. Bis schließlich die DDR für einige wenige Monate, in der Zeit zwischen den Systemen, das freieste Land der Welt war und auf den Litfaßsäulen für einige kostbare Tage weder die dröge staatliche Propaganda noch bunte Reklamelügen kommerzieller Firmen, auch nicht die immerhin originellen Graffiti von Sprayern, sondern die Botschaften einer ungebremsten und unzensierten Öffentlichkeit zu finden waren. Danach sehnen wir uns zurück.

Es war übrigens nicht die Regierung de Maiziere und auch nicht die Kohl-Regierung, die die Öffnung der Stasi-Akten gefordert oder gar erkämpft haben, sondern eben die Leute von der Straße, die endlich die Wahrheit über das Repressionssystem der DDR einforderten und wenigstens die BStU zugestanden bekamen, die jetzt mit einem bloßen Verwaltungsakt kassiert werden soll.

Das Märchenbild eines Landes mit billigen Mieten, gesicherten Arbeitsplätzen, gleichberechtigten Bildungschancen und klarer Zukunftsperspektive, das mittlerweile in den Köpfen von vielen Mitbürgern herumspukt, hat natürlich wenig mit der tatsächlichen DDR zu tun, wohl aber mit den Problemen der neuen Gesellschaftsordnung.. Die Ostdeutschen haben über 40 Jahre lang die Kosten der deutschen Teilung getragen und jetzt werden sie zum Lohn beschimpft und zu den Parias der Nation gemacht. Kein Wunder, dass Irrationalismen wuchern, neue Dolchstoßlegenden entstehen und der Ruf zur Rückkehr zu den Fleischtöpfen Ägyptens ertönt.

Die Aufgabe des Intellektuellen – wenigsten in seinem osteuropäischen Sinn – ist es nicht, solche Irrationalismen zu teilen oder sogar mit neuen Scheinargumenten zu verstärken, sondern Aufklärung: den wesentlichen, rationalen Teil dieser Träume herauszuschälen und Wege zur Verwirklichung zu suchen. Daran allerdings mangelt es den Autoren dieses wirren Papiers in besonderem Maße.

Berlin, den 05. Mai 2005

Wolfgang Rüddenklau; Frank Ebert (Matthias-Domaschk-Archiv); Reinhard Schult (Neues Forum); Tom Sello (Robert-Havemann-Gesellschaft); Ralf Hirsch (Initiative Frieden und Menschenrechte); Joachim de Haas (Bürgerkomitee 15. Januar e.V.)¸ Dirk Moldt (Kirche von Unten); Petra Falkenberg (Medizinisch-technische Assistentin); Peter Rösch (Restaurator); Carlo Jordan (Mitbegründer der DDR-Grünen); Gerold Hildebrandt (Student); Albrecht Wetzel (Bürgerkomitee 15. Januar e.V.); André Andrich (Neues Forum Sachsen); Christian Petzoldt (Ver.di Thüringen); Detlef Stoye (Neues Forum); Ekkehard Hübener (Pfarrer in Rambow); Tina Krone (Robert-Havemann-Archiv); Irena Kukutz; Christiane Ensslin; Dr. Wilhelm Knabe (Mitbegründer der Grünen); Silke Ahrens (Kirche von Unten); Dr. Sandra Pingel-Schliemann (Politologin); Oliver Kloss (Politikwissenschaftler); Thomas Decker (Neues Forum); Michael Kukutz; Maria Nooke (Soziologin); Peter Neumann (Pfefferwerk Stadtkulturgesellschaft); Hans Jürgen Buntrock; Ina Messer (Neues Forum); Margit Miosga (Journalistin) ; Bärbel Bohley; Wolfgang Templin (Publizist).

Erklärung des Willy-Brandt-Kreises zum künftigen Umgang mit den Stasi-Akten

Mit Interesse verfolgt der Willy-Brandt-Kreis die veränderte Zuständigkeit für die Stasi-Unterlagenbehörde. Denn wir waren immer dafür, mit der einmaligen Chance, den umfangreichen Aktenbestand eines repressiven Geheimdienstes öffentlich zu machen, sensibel umzugehen. Pressehinweise, wonach künftig Hauptaufgabe der Behörde die Aufarbeitung der DDR-Geschichte sein wird, erfüllen uns allerdings mit Sorge, da die Behörde mit ihrer bisherigen Arbeit bewiesen hat, dass sie für diese Aufgabe ungeeignet ist.

Die Behörde war von Anfang an nicht als neutrale wissenschaftliche Einrichtung angelegt, sondern hatte eine politische Zweckbestimmung. Wie der damals zuständige Ministerialdirigent im Bundesinnenministerium erklärte, hatte der Sonderbeauftragte den Sonderauftrag, die DDR zu delegitimieren. Gleichzeitig waren alle geheimdienstlichen Erkenntnisse über die Bundesrepublik streng geheim, sie stehen der kritischen Aufarbeitung nicht zur Verfügung. Damit begann eine auf ostdeutsche Repressionsgeschichte eingeengte, selektive Geschichtsschreibung, die nicht nur Alltagsgeschichte ausblendete, sondern auch Forschungsvorhaben, die nicht die gewünschte Delegitimierung erbrachten, unter den Tisch fallen ließen. (So wird beispielsweise bis heute die Zahl der tatsächlich bespitzelten DDR-Bürger, die Opfer einer "operativen Personenkontrolle" wurden, geheim gehalten, weil mit ihr vermutlich das Bild von den flächendeckend kontrollierten Bürgern nicht aufrecht zu halten wäre.)

Emanzipatorische Elemente, wie die Brechung des Bildungsprivilegs in der DDR oder das Selbstbewusstsein von Produktionsarbeitern, wurden genauso ausgeblendet wie Aspekte der bundesdeutschen Repressionsgeschichte. Mit ihrer Reproduktion von staatlich beaufsichtigter Geschichtswissenschaft hat die Behörde von Anfang an auch zu Fehlurteilen und Legendenbildungen beigetragen.

Wenn heute in Westdeutschland und im Ausland das Bild der DDR als das eines reinen Unrechtsstaates vorherrscht, in dem alle Bürger entweder bei der Stasi gearbeitet haben oder von ihr beobachtet wurden, bei jeder missliebigen politischen Äußerung im Gefängnis landeten und nur unter Lebensgefahr das Land verlassen konnten, so hat die Behörde ihren Auftrag erfüllt. Wer weiß schon, dass in den Jahren der Mauer nach Angaben des Bundesinnenministeriums - größtenteils unter schikanösen Bedingungen - 429 815 Ausreiseanträge genehmigt wurden, die 33 775 herausgekauften Häftlinge nicht mitgerechnet.

Immer wieder hat die Behörde "Personen der Zeitgeschichte" demontiert, die sich dem herrschenden Zeitgeist nicht gebeugt haben, während einstige IM, die sich jetzt opportun äußern, in Ruhe gelassen wurden. Dieser von der Behörde ausgeübte politische Anpassungsdruck lag nicht im Interesse von Demokratie. Laut Auskunft von Joachim Gauck haben 98 Prozent der DDR-Bürger nie für die Staatssicherheit gearbeitet. Dennoch haben nur 2,6 Prozent derselben Bevölkerung volles Vertrauen zu der Behörde, die absolute Mehrheit hat überhaupt kein, sehr wenig oder etwas Vertrauen, wie das Sozialwissenschaftliche Forschungszentrum Berlin-Brandenburg ermittelt hat.

Die Behauptung der Behörde, "der Geheimdienst hatte jeden Aspekt des Lebens durchdrungen", geht an der Erinnerung der meisten Menschen vorbei, erzeugt Überdruss, Abwehr und Trotz. So förderte die Behörde durch ihre ideologische Übertreibung gerade das, was sie vermeiden sollte, nämlich DDR-Nostalgie.

Akten eines Geheimdienstes sind jeweils interpretationsbedürftig und können nur eine Quelle unter anderen sein, zumal nach eigenem Bekunden der Stasi wichtige Unterlagen vernichtet worden sind. Sie enthalten niemals alle Daten über eine Gesellschaft. Nur wenn sie ergänzt werden durch Erkenntnisse aus den Archiven des Partei- und Staatsapparates, der Kirchen, Akademien, Verbände und Medien, der Eingaben und Leserbriefe, durch Befragungen von Augenzeugen und Forschungen über die Alltagsgeschichte, kann ein annähernd realistisches Bild entstehen.

Wir brauchen eine differenzierte Aufarbeitung von Geschichte, die auch die westdeutsche Parallelgeschichte nicht ausblenden darf, weil sich nur in der Gesamtsicht Aktionen und Reaktionen erklären lassen. Wir befürworten die zukünftige Überführung des Aktenbestanden unter die Obhut des Bundesarchivs, das eine hohe Gewähr für einen sachgemäßen Umgang mit diesen Unterlagen bietet. Es ist selbstverständlich, dass ein geregelter Zugang für Betroffene und Historiker weiterhin möglich sein muss.

Berlin, den 17. Februar 2005

Egon Bahr, Peter Bender, Peter Brandt, Daniela Dahn, Friedrich Dieckmann, Hans J. Gießmann, Günter Grass, Ingomar Hauchler, Christine Hohmann-Dennhardt, Hans Misselwitz, Irina Mohr, Oskar Negt, Claus Noé, Edelbert Richter, Michael Schaaf, Axel Schmidt-Gödelitz, Friedrich Schorlemmer, Manfred Uschner